

Wilsdruffer Tageblatt

Verleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 25614

Bestellungspreis mit Zustellung der Sonntags- und Feiertagsausgaben 3 Mk. für den Jahresbetrag. Bestellungen für den nächsten Tag monatlich 4 Mk., durch unsere Boten für den nächsten Tag monatlich 4,50 Mk., auf dem Lande 5,00 Mk., durch die Post bezogen monatlich 12,50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen werden sofort beantwortet und die Postbestellungen werden sofort beantwortet. In Falle besonderer Bewilligung, Abzug oder sonstiger Besondereitungen hat der Besteller seinen Auftrag auf Lieferung der Zeitung über die Besondereitungen zu bezeichnen.



Verlagspreis 1 Mk. für die gewöhnliche Korrespondenz oder deren Raum, Lokalpreis 1/2 Mk., Anzeigen 1,50 Mk. Bei Anzeigen und Zusendungen entsprechende Preisermäßigungen. Bekanntmachungen im amtlichen Teil nur von Behörden. Die Zeitungs-Korrespondenz 1 Mk., Zustellungs-Gebühr 30 Pf. Anzeigenannahme bis zum 10. Uhr. Für die Nichtzahlung der durch Fernruf übermittelten Angaben übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigendruck erfolgt, wenn der Betrag durch Konto eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kasse gezahlt.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 88.

Sonabend den 16. April 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Fettverteilung.

Das Wirtschaftsministerium hat die Ausgabe von Butter in der Woche vom 18. bis 24. April 1921 unterliegt und die Abgabe der dadurch ersparten Butter an die Landesfeilstelle zur Verlieferung der Zuschußkommunalverbände angeordnet.

Im Kommunalverband Reichen-Stadt und Land wird daher Abschnitt „V“ der Landesfettkarte auf die Zeit vom 18. bis 24. April 1921 unbefristet gelassen. Die Krankenbutterarten Abschnitt „V“ sind mit 50 g Butter zu beliefern. Der Kommunalverband weist darauf hin, daß weder die Gemeindebehörden noch

die Mitglieder der örtlichen Ernährungsausschüsse oder die Verkaufsstelleninhaber das Recht haben, die Ausgabe von Butter zu veranlassen. Wer unbefugte Butter abgibt oder sonst unbefugt über sie verfügt, wird nach § 35 der Speiseeinzelabnahme vom 20. Juli 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Diese Strafen treten ein, sofern nicht nach den allgemeinen Vorschriften des Strafgesetzbuches noch härtere Strafen wegen Verletzung, Bedrohung usw. verhängt werden müssen. Nr. 367 II O. Kommunalverband Reichen-Stadt und Land. Reichen, am 14. April 1921.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * In Berlin verlautet mit Bestimmtheit, daß in den nächsten Tagen ein neuer deutscher Vorschlag an die Entente abgehen werde.
- * Die deutsche Regierung wendet sich in einer längeren Erklärung gegen die willkürliche Schadenersetzung der Reparationskommission.
- * Die deutsche Reichsregierung hat an Kaiser Wilhelm II. eine Velleidenschaftsgebung gerichtet.
- * Der Altersauschuß des Reichstages lehnte die von den Unabhängigen beantragte frühere Einberufung des Reichstages ab.
- * Der Erzbischof von Köln veröffentlicht im kirchlichen Anzeiger der Erzdiözese eine Rundgebung gegen die Einrichtung weltlicher Schulen.
- * In der französischen Kammer wurde der Regierungsentwurf über die 50 Prozent Ausfuhrzölle auf deutsche Waren sehr kritisiert.
- * Der Generalkrieg in England ist jetzt endgültig beschlossen worden.

Berschwendete Kräfte.

Unsere Kohlenmiete und die stetigen Ansprüche unserer Feinde lenken die Gedanken aufs neue auf die Wasserkraft, die sich zur industriellen Verwertung vorzüglich eignen. Die Kohle hört einmal auf, und was wir ohne Bestimmung in die Schornsteine gejagt haben, wird uns dann als Grundstoff für Farben und Chemikalien aller Art sehr fehlen. Die Wasserkraft erheben sich stets wieder, denn sie hängen nur von der Sonne ab. Solange also Menschen auf der Erde wohnen, wird es auch Wasserkraft geben, die sich in Elektrizität umsetzen lassen.

Neuerdings erhalten wir auch Nachrichten über die Wasserkraft der Erde, zahlungsgemäß aufgezeichnet. Wir nennen ein Werk von Dr. G. Repondel, ferner Arbeiten von Thierbach in der Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“, Arbeiten im Jahrbuch für Elektrotechnik. Da erfahren wir, daß die Vereinigten Staaten über 20 Millionen Pferdekraften in dieser Form verfügen können, wovon sieben Millionen ausgenutzt werden. Kanada hat 19 Millionen, nutzt aber nur 2 Millionen aus. Die europäischen Länder Frankreich, Norwegen, Schweden, Spanien, Italien und Österreich-Ungarn (in seinem allein Umfang gerechnet) verfügen über je 4 bis 6 Millionen Pferdekraften, nutzen aber davon nur je 1/2 bis 1 Million aus. Bemerkenswert ist, daß Deutschland, dessen Wasserkraft auf nur 1 1/2 Millionen geschätzt werden, davon 43 Prozent, also fast die Hälfte, ausnutzt, und damit im Verhältnis an der Spitze marschiert. Die ziemlich starken Kräfte, über welche Norddeutschland auf dem weitestreckten baltischen Höhenzuge verfügt, sind, obwohl diese Gegenden von den Kohlengebieten sehr entfernt liegen und also Kraft brauchen könnten, noch gar nicht in Angriff genommen; es fehlt dort an Industrie, und die Landwirtschaft zeigt wenig Interesse. Die ostpreussischen Wasserkraft der Passarge, der Alle, Angerap, Wissa und des masurenischen Kanals zusammen würden im Jahre 20 Millionen Kilowatt ergeben und damit den Gesamtbedarf der alten Provinzen Ostpreußen, Westpreußen und Pommern decken.

Die elektrischen Qualitätsarbeiten Deutschlands hatten vor dem Kriege in der ganzen Welt einen vorzüglichen Ruf, der uns nicht so leicht genommen werden kann. Abgesehen von dem Bedarf des eigenen Marktes würde der Export von Motoren und Apparaten, deren Erzeugung naturgemäß mit der Zunahme der Kraftverwendung sich steigert, auf einen starken Aufschwung rechnen können. Bemerkenswert erscheint, daß gerade Großbritannien auf diesem Gebiete gar nicht mit uns in Wettbewerb treten kann. Großbritannien hat etwa 1 Million Pferdekraften verfügbaren Wasserkrafts, zumeist in Schottland, also weniger als Deutschland, aber ausgenutzt werden davon nur 80 000, d. h. der zwölfte Teil! Wenn England diesen Industriezweig wirklich mit Gewalt betreiben wollte, so würde es doch nicht die geeigneten Fachleute und Ingenieure haben und also auf die Hilfe von Amerikanern, Deutschen und Schweizern angewiesen sein.

Ein einheitliches Amt für die deutsche Wasserwirtschaft würde am Platze sein, um diese Frage dauernd zu fördern. Diese abjährlich sich erneuernden Kräfte, die wir jetzt ungenutzt ins Meer fließen lassen, können uns aus mancher Verlegenheit retten und den Grund zu späterem neuen Reichum retten.

Es sei dabei noch erwähnt, daß die bayerische Regierung neuerdings beabsichtigt, in München ein eigenes Forschungsinstitut zu errichten zum Studium der Frage, wie

man die Sonnenwärme direkt als Kraftquelle benutzen kann. Das ist nicht dasselbe, aber ein verwandtes Gebiet. Es führt weiter in die Zukunft, wenn wir einmal alle verfügbaren Wasserkraften in Betrieb genommen haben. —

Neutrale Vermittlung!

In Erwartung neuer deutscher Vorschläge.

Das Organ des Zentrums, die Berliner „Germania“, dessen Beziehungen zum Reichskanzler Feilerbach bekannt sind, veröffentlicht heute zu den Beratungen des Reichskabinetts folgende überraschende Information:

„Der Vermittlungsversuch, der seitens einer neutralen Macht unternommen worden ist, um den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten Harding für ein Eingreifen zur Anhörung neuer Verhandlungen zwischen der Entente und Deutschland zu bestimmen, hat, wie wir zuverlässig hören, das Kabinett eingehend beschäftigt. Das Kabinett hat seinerseits auch bereits mit den Führern der parlamentarischen Fraktionen Rücksprache genommen. In einem abschließenden Ergebnis sind die Besprechungen des Kabinetts jedoch noch nicht geblieben. Es steht aber fest, daß im Kabinett die Auffassung vorherrscht, daß die angebotene Vermittlung nicht zurückgewiesen werden darf. Es handelt sich bekanntlich hierbei darum, daß die Reichsregierung dem Präsidenten Harding neue Vorschläge unterbreitet, die die geeignete Grundlage für neue Verhandlungen mit der Entente bieten. In welcher Richtung sich die neuen Vorschläge bewegen werden, darüber läßt sich im Augenblick noch nichts Endgültiges sagen. Es dürfte u. a. aber die Frage eines internationalen Schiedsgerichts eine große Rolle spielen. Auch darüber dürfte Klarheit bestehen, daß in dem neuen deutschen Vorschlag eine bestimmte Entschädigungssumme genannt werden wird.“

Das Kabinett setzte seine Besprechungen fort. Ob es schon bald zu einer endgültigen Entscheidung kommen wird, ist noch nicht zu übersehen. Sie dürfte jedoch in kürzester Frist erfolgen.

Die nächste Konferenz Anfang Mai.

Wie man in Berliner parlamentarischen Kreisen hört, wird in der Lat. Deutschland der Entente ein neues Zahlungsgeldangebot in den nächsten Tagen machen und eine neue Konferenz für Anfang Mai in Vorschlag bringen. Die deutsche Regierung wird die Einzelheiten demnächst dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten mitteilen.

Hardings' sieben Punkte.

Aus Washington wird berichtet: Anschließend an seine Vorkauf hat Präsident Harding sein Programm zur Herbeiführung des Weltfriedens in folgenden sieben Punkten zusammengefaßt:

1. Aufhebung des Vertrages von Versailles, einschließlich der Völkerbundförmigkeit;
2. Annahme der Resolution Wilson, durch die der tatsächliche Friedenszustand erklärt wird;
3. Aufnahme von besondern Friedensverhandlungen mit Deutschland, durch die eine bestimmte Kriegsschuldung festzulegen und durch die die übrigen aus dem Kriege sich ergebenden Fragen geregelt werden sollen;
4. Anerkennung des in der Resolution Wilson ausgesprochenen Grundgedahes der Mitwirkung Amerikas an der Aufrechterhaltung des europäischen Friedens, falls dieser durch irgendeine Macht oder eine Vereinigung von Mächten bedroht werden sollte;
5. Annahme einer Resolution, durch die die Einigkeit der Vereinigten Staaten mit den alliierten Mächten darüber festgestellt wird, daß Deutschland die Verantwortung für den Krieg trägt und verpflichtet ist, die Kriegsschäden bis zur Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit wieder auszumachen;
6. Aufnahme von Verhandlungen mit England und Japan über die Einschränkung der Rüstungskraftungen;
7. Aufnahme von Verhandlungen zwecks Bildung eines neuen Völkerbundes zur Erhaltung des Weltfriedens. Amerika wird diesem Bunde beitreten unter Aufrechterhaltung des Prinzips seiner Aktionsfreiheit und der Nicht-einmischung in rein europäische Angelegenheiten.

Ob es den sieben Punkten Hardings nicht schließlich genau so ergeht wie der doppelt so großen Zahl Punkte Wilsons, wird die Zukunft lehren. Gegen „Punkte“ haben wir jedenfalls allen Anlaß mißtraulich zu sein.

Die Friedensmöglichkeiten von 1917.

Dokumente aus dem Vatikan.

In den „Stimmen der Zeit“, früher Stimmen aus Maria Laach genannt, beschäftigt sich der Jesuitenpater Velder mit den Friedensmöglichkeiten im Jahre 1917. Der Verfasser stützt sich dabei auf Urkunden aus dem Vatikan. In seinen Ausführungen heißt es:

Im Frühjahr 1917 war die allgemeine Friedenssehnsucht bei den Kabinetten noch mehr als bei den Völkern groß. Der U-Bootkrieg hatte England empfindlich geschädigt. Amerika hatte sich noch nicht in den Krieg eingegriffen, England fürchtete die entscheidende Rolle auf dem Friedenskongress an Amerika abgeben zu müssen. Im französischen Kabinett war ein geheimer Beschluß zur Volksabstimmung in Elsas-Lothringen über Angliederung der französisch sprechenden Teile an Frankreich, der andere an Deutschland gefaßt worden. Der Papst war von allem genau unterrichtet und schlug das folgende Friedensprogramm vor:

1. Gegenseitige Abrüstung bis zu einem gewissen Maß.
2. Herausgabe des politisch und militärisch zu neutralisierenden Belgien durch Deutschland, aber nicht an die Entente, unter Freilassung seines wirtschaftlichen Ansehens.
3. Rückgabe der deutschen Kolonien an Deutschland durch England.
4. Freiheit der Meere.
5. Die rechte Lösung der polnischen, belgischen und armenischen Frage.
6. Strittige Gebiete sollen vom Friedenskongress entschieden werden unter Berücksichtigung des Völkertums, gegen gewisse Forderungen des Ganzen auf Spiel zu setzen.
7. Abseiner Krieg auf Kriegskosten.

Als diese Punkte haben England, Frankreich und Italien gut geheißen, es galt, nur noch Deutschland zu gewinnen. Der Wienerer Kunz von Saxe verhandelte darüber in geheimer Mission mit dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg. Auch der Kaiser war zu Verhandlungen auf dieser Grundlage bereit. Mit der neuesten Zusage schien alles gewonnen und die Friedensverhandlungen schienen unmittelbar vor der Tür zu stehen. Da geschah Erzbergers Friedensentscheidung im Reichstag und der Sturz des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg alles und offenbarte die innere Zerrissenheit Deutschlands, das Fehlen eines einheitlichen geschlossenen Willens und die Schwäche Österreich-Ungarns.

Mit einem Schläge kam es zum Umsturz in Frankreich. Das französische Parlament zwang die Regierung zu einem äußerst scharfen Kriegsprogramm mit der Forderung von Elsas-Lothringen, und die französische Presse forderte förmlich die Weiterführung des Krieges. England in militärischer Lage, hatte seine Zusage zu Verhandlungen noch nicht zurückgezogen. Der Papst fragte wiederholt in Berlin an, ob der neue Komplex Dr. Michoels die Zusage Bethmann Hollwegs zur Herausgabe von Belgien aufrechterhalte. Die Antwort war ungenügend und kam zu spät. Nun trat Wilson, offenbar gekränkt, weil England ihn bisher übergangen hatte, mit seiner Anerkennung von Frankreichs Ansprüchen auf Elsas-Lothringen auf Frankreichs Seite, und das bis dahin immer noch schwankende England trat schließlich auch noch bei. Im Oktober 1917 ließ England dem immer noch hollenden Papst mitteilen, daß jetzt von Friedensverhandlungen überhaupt keine Rede mehr sein könne. Auch England hatte erkannt, daß es bei der Uneinigkeit der deutschen Parteien und der drohenden innerpolitischen Entwicklung in Deutschland in absehbarer Zeit doch zu seinem Ziele kommen werde. Der letzte Reichskanzler Feilerbach hat nachträglich erklärt, wenn er gewußt hätte, was damals auf dem Spiele stand, dann hätte er niemals seine Unterfertigung unter die parlamentarische Aktion gesetzt. Jetzt gab es nur für Deutschland die Entscheidung durch Waffenerfolge. Wären diese aus, so war unser Untergang besiegelt.“

Die Arbeitswirren in England.

Auslandsbeschlüsse und Ausschreitungen.

Wenn nicht noch im letzten Augenblick ein Wunder geschieht oder eine der beiden mächtigen Parteien — der Dreierbund der Arbeitnehmer auf der einen, Regierung und Arbeitgeber auf der andern Seite — sich eines besseren bekümmert und verständlich einlenkt, wird sich England am Morgen des 16. April einem Arbeiterausstand, wie es in seiner ganzen langen Geschichte noch nicht erlebt hat, gegenübersetzen. Die Lage hat sich dort zugespitzt, daß man in England selbst nur noch geringe Hoffnung auf den Rufen von Vermittlungskaktionen hat.

Von allen Seiten regnet es Auslandsbeschlüsse, und die Zahl der Sympathisanten, die angezündigt werden, wächst von Stunde zu Stunde. Das Verwaltungsverbot der Eisenbahnen, die Eisenbahnarbeiter und Eisenbahnmaschinenisten, die Elektrizitätsarbeiter — alle wollen sie mitmachen, ja selbst aus dem fernsten Kanada melden sich Streikwillige, die in dem Augenblick, wo kanadische Kohle nach England verschifft werden sollte, die Arbeit niederlegen wollten.

Die Regierung, mit Lloyd George an der Spitze, läßt natürlich nichts unversucht, um die hohen Streikvergrade durch künstliche Mittel herabzusetzen, aber der Ministerpräsident muß im Unterhause immer wieder erklären, daß die Freiheit sehr ernst sei.

Im Falle einer Ausdehnung der Arbeitseinstellung sollen die Arbeitswilligen in den lebenswichtigen Betrieben unter allen Umständen geschützt werden. Daß ein

Keine Hoffnung auf Verständigung.

London, 15. April. (ta.) Reuter meldet: Das Land ist vollkommen vorbereitet auf die Tatsache, daß der Streit der Eisenbahnen und Transportarbeiter heute beginnen soll. Es scheint, daß keine Hoffnung zu einer Verständigung besteht.

Keine Erfolge der Türken.

Paris, 15. April. (ta.) Nach hier eingetroffenen Nachrichten haben die Türken Aussicht auf einen griechischen Armeeerfolg. Die türkischen Delegierten in Paris behaupten, daß die Moral der griechischen Truppen vollständig erschüttert ist.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 15. April.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Donnerstag den 14. April abends 7 Uhr.

Anwesend waren sämtliche Mitglieder beider Kollegien mit Ausnahme des Herrn Stadtrat Bombach.

Anstelle des als Stadtrat gewählten Herrn Lohner ist Herr Landwirt Jungbans in das Kollegium eingetreten. Herr Bürgermeister Dr. Kronsfeld wies ihn in sein Amt ein, verpflichtete ihn mittels Handchlags und beglückwünschte ihn im Namen des Rates. Das Willkommen der Stadtverordneten brachte deren Vorsitzender, Herr Oberlehrer Kantor Hienrich, zum Ausdruck. In die Ausschüsse, denen Herr Lohner angehört, tritt Herr Jungbans ein, in den Schulausschuß vorschlagsgemäß Herr Einemus. Als Vertreter der Stadtverordneten in dem Ausschusse der Baugesellschaft wird Herr Bellmann einstimmig gewählt. Nach Kenntnisnahme verschiedener Eingänge wird beschlossen, 1. Fortsetzung der Minderbemittelten-Unterstützung für April bis Juni, 2. Weitergewährung der Winterbeihilfe an Erwerbslose bis 30. d. Mts., 3. Erhöhung der Zuschüsse für die Mitglieder des Wohnungsausschusses bei Verschlechterung des Mietungsverhältnisses der städtischen Beamten im neuen Ortsteil wird insofern nachgegeben, als man bereits im Jahre 1912 im Dienste der Stadt befindlichen Beamten die Bestimmungen des betr. Paragraphen im alten Ortsteil zubilligt. Betr. der vom Vorsteher Oberl. Hienrich angeregten Ausgabe von Holzgeld soll versucht werden, die oberbehördliche Genehmigung zu erlangen. Dem Einbau von Keller- und Abstellräumen in der Ziegelei wird grund- sätzlich zugestimmt, während für die von Herrn Stadtbaurat Sieckts-Dresden angebotene Erläuterung des von ihm bearbeiteten Bebauungsplanes keine Neigung besteht. Eine längere Aussprache rief die ev. Abtrennung des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff von der Amtshauptmannschaft Reizen und Einbeziehung nach Dresden-A. hervor. Der Rat hatte beschlossen, eine endgültige Stellungnahme zur Zeit abzulehnen, da das für und wider noch nicht genügend geklärt ist. Diesen Standpunkt nahmen schließlich auch sämtliche Stadtverordnete ein, nachdem Herr Vorsteher Hienrich erklärt hatte, daß nach seiner Ansicht keine zwingenden Gründe — die Schulfrage vielleicht ausgenommen — vorhanden seien, für eine Abtrennung von Reizen einzutreten. Während Herr Stadtrat Schlichenmaier dieselbe Ansicht vertritt, vermißt Herr Stadt- baumeister in allen Ausführungen die Gründe, die maßgebend für ein Verbleiben bei Reizen seien. Für eine Angleichung an Dresden spreche nicht nur die wirtschaftliche, verkehrstechnische und geographische Lage, sondern auch die müttergütige Wohlhabenspflege des Dresdner Bezirkes, die er an Hand von Unterlagen und Zahlen näher beleuchtete. Herr Stadtrat Fischer gab eine Regeinstandhaltungsangelegenheit an der Peripherie unserer Amtshauptmannschaft bekannt, die die betreffenden Gemeinden sehr deutlich an einen Anschluß nach Dresden weise. In der sich anschließenden

gemeinschaftlichen Sitzung beider Kollegien wurde Herr Stadtrat Wehner mit 11 Stimmen (7 fielen auf Herrn Stadtrat Bombach, 1 Zettel war unbeschrieben) zum Stellvertreter des Bürgermeisters gewählt. Der Einbau von Keller- und Abstellräumen in der Ziegelei, der wieder zur Verhandlung stand, wurde Herrn Baumeister Burthardt unter der Bedingung übertragen, daß der Bauaufwand die Arbeiten für unbedingt erforderlich und die Preise für angemessen erachtet. Nachforderung auf die vom Sachverständigen festgesetzten Preise soll ausgeschlossen sein. An die Generaldirektion der Eisenbahnen vor dem Rate eine Eingabe wegen Verbesserung des Zugverkehrs auf den hiesigen Linien gemacht worden. Wie darauf jetzt mitgeteilt wird, ist im neuen Sommerfahrplan Sonntags vor- mittags die Einlegung eines Zuges von Rohorn nach Pottschappel (ab Wilsdruff vorm. 9.11 Uhr) und die durchgehende Späterlegung des letzten Zuges von Dresden (Abfahrt 10.55 Uhr ab Dresden) vorgeleben.

Abermals eine Kindesmörderin. Am 9. d. Mts. hat der Gemeindevorstand in Wilsdruff in seinem außerordentlichen Beschlusse, mit einem Eisendekel verdeckten Brunnen den Leichnam eines 9-10 Wochen alten Kindes weiblichen Geschlechts, in Beiden eingewickelt, herausgehoben, er den Wasserstand nachsehen wollte. Durch die Landgenossin er den Kindesmutter in der 24jährigen Dienstmagd Lehmann aus Limbach ermittelt worden. Ihr Liebhaber, Arbeiter Hennemann, ebenfalls aus Limbach, hat sie verurteilt, das Kind zu befeigen, und deshalb ist sie am 31. März mit dem Kinde nach Wilsdruff gegangen und hat es gegen 1 Uhr mittags, als es eingeschlafen war, im Widelbein in den Brunnen geworfen. Sie ist am 3. Februar 1921 in der Staats- Frauenklinik in Dresden entbunden worden und befand sich seit einigen Tagen in Blankenstein im Dienste. Im Jahre 1913 hat sie in Wilsdruff gebiert und aus dieser Zeit her war ihr auch die Lage des Brunnens bekannt. Es ist dieselbe Person, die auch die bereits gestern mitgeteilte Ausfegung eines 4jährigen Knaben bewirkt hatte. Die Lehmann und ihr Liebhaber sind festgenommen worden.

Baumblut im Elbtale. In den höher gelegenen Orten der Baumblutgegend, wie in Oderwitz-Kerbig, Robschah, Teutewitz, weiter nach Reichen in Weistrop, Niederwartha, Wilsberg ist die vollste Blütenblüte erst in den nächsten Tagen zu erwarten, so daß auch für nächsten Sonntag und die weiteren Tage Ausflüge in das blühende Gelände wärmstens zu empfehlen sind. Aber auch die tiefer gelegenen Orte zeigen sich noch im schönsten Blüten Schmucke.

Ein Zithertonier veranstaltet morgen Sonabend im Löwen die Zitherrunde Wilsdruff, die schon verschiedentlich Proben ihres Könnens abgelegt hat. Ein Besuch kann warm empfohlen werden.

Die Namen der Postanstalten in den einverleibten Orten. Die Postanstalten in den am 1. April mit der Stadtgemeinde Dresden vereinigten Orten führen fortan folgende Bezeichnungen: Dresden-Blasewitz, Dresden-Bühlau, Dresden-Elschwitz, Dresden-Dobritz, Dresden-Gorbitz, Dresden-Kaibitz,

Dresden-Laubegau, Dresden-Leuben, Dresden-Loschwitz, Dresden-Stechlich-Kennitz, Dresden-Weiher Kirch, Dresden-Zschachwitz. Zur Vermeidung von Verzögerungen in der Beförderung und Zustellung der Postsendungen ist es erforderlich, die neuen Bezeichnungen in der Aufschrift vollständig anzugeben, also nicht lediglich Dresden als Bestimmungsort anzugeben, zumal da die gleichen Straßenbezeichnungen in mehreren Orten Groß-Dresdens vorkommen.

Für leer zurückgehendes Packungsmaterial (Kisten, Körbe, Flaschen, Säcke usw.) muß neuerdings beim Ausfüllen der Frachtbriefe geschrieben werden: „leer, gebraucht“, nicht „leer, zurück“, da sonst die Fracht eine erhöhte ist.

Auslieferung sächsischer Kaninchen. Die Feinde verlangen von Deutschland die Auslieferung von 200 000 Kaninchen. Von dieser Menge hat Sachsen 25 000 Stück zu liefern. Die Kaninchenzüchtervereine beschäftigen sich jetzt lebhaft mit der Aufbringung.

Beschlagnahme der sächsischen kommunistischen Zeitungen. Am Mittwoch wurden das in Dresden erscheinende „Volksblatt“ und der in Chemnitz erscheinende „Kämpfer“, die beiden Organe der K. P. in Sachsen, durch Organe der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Zur Abfindung des sächsischen Königshaus. Wie wir schon berichteten, hat Ministerialdirektor Dr. Hebrich vom sächsischen Finanzministerium die Auseinandersetzung zwischen dem sächsischen Staat und dem vormaligen Königshaus in einer Reihe von Artikeln in der sächsischen Staatszeitung erörtert. Er kommt nach Darlegung der historischen Zusammenhänge und der rechtlichen Schwierigkeiten zu dem Schluß, daß es angeht, die Rechteverhältnisse, die man schon 1831 davon zurückgedreht ist, die Rechtsverhältnisse an den in Frage kommenden Gesamtvermögensmassen wie an den einzelnen Wertgegenständen im einzelnen klarzustellen, auch diesmal ein vergleichliches Bemühen sein wird, den Knäuel der in Jahrhunderten gesponnenen und verworrenen Fäden zu entwirren. Wie damals, so werde man auch jetzt den gordischen Knoten durch eine glückliche Verständigung lösen müssen. Es ist zu hoffen, daß die bevorstehenden Verhandlungen darüber von beiden Seiten mit derselben Vornehmheit geführt werden, die so schnell und befriedigend besonders in den anderen Mittel- und kleinen Staaten zu einem Ergebnis geführt hat. Was dort möglich gewesen ist, sollte in unserm Lande Sachsen nicht unmöglich sein!

Eine Spielbank in der Sächsisch-Böhmischen Schweiz. Eine Anzahl Berliner und Dresdner Geschäfts- und Sportleute hat sich zu einem „Klub International“ zusammengeschlossen, der dieser Tage in Herrnsrätchen auf der böhmischen Seite mit stillschweigender Duldung der tschechischen Regierung eine Spielbank errichtet hat. Es wird Baccarat und Roulette gespielt. Das „Monte Carlo“ der Sächsisch-Böhmischen Schweiz erfreut sich bereits eines regen Besuches von Spielern aus allen Teilen Europas. Wie wir hierzu erfahren, ist die sächsische Regierung keineswegs geneigt, eine Ausbreitung des öffentlichen Spiels auf die sächsischen Länder der Elbschweiz zu dulden.

Siebenleben. Die weit über Sachsen Grenze bekannte Deutsche Schuhmacherschule feiert im Oktober dieses Jahres ihr 25. Jubiläum. Aus diesem Anlaß plant man die Aufführung eines Hans-Sachs-Spielstückes.

Niederleibitz. In einer am Mittwoch abgehaltenen Sitzung beschloß der Gemeinderat einstimmig, die Einverleibungsverhandlungen mit Dresden abzubrechen.

Dresden. Gestern, Donnerstag, nachmittag fanden Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber der Zigarettenindustrie und den Maschinenführern statt, die zu einer Einigung der beiderseitigen Kommissionen führten. Die Maschinenführer erhalten eine Zulage von 65 M wöchentlich, also fünfzig etwa 450 M pro Woche, abgeben von der Qualitätszulage. Wenn die Streikenden diesen Abmachungen zustimmen, wird die Ausfegung der sämtlichen Zigarettenarbeiter aufgehoben; die Arbeit soll dann am Sonnabend wieder aufgenommen werden. Die Streikenden hatten zuerst 100, dann 75 M Zulage gefordert.

Dresden. Die Dresdner Hausbesitzer haben in einer Versammlung die Forderung aufgestellt, daß die vor dem Mieteneinigungsamt anhängig gemachten, bis jetzt aber noch unerledigten 17 000 Anträge des alten Jahres und die 12 000 des neuen Jahres spätestens bis Ende Juni 1921 zur Entscheidung kommen sollen, andernfalls würden sie gezwungen sein, die Bezahlung der Steuern und Abgaben schuldig zu bleiben.

Schiff. Zwei Häuser eingestürzt wurden in Kirchdorf. In dem Anwesen von Bernhard Wenzel war das Feuer ausgebrochen, dem das Haus völlig zum Opfer fiel. Infolge starken Windes griff das Feuer auf das benachbarte Wohnhaus des Landwirts Richter über und legte dies ebenfalls in Asche. Der im Hause von Richter als Auszügler wohnende frühere Besitzer Johann Lhner brach, als er sein einfaches Anwesen vernichtet sah, vom Herzh Schlag getroffen tot zusammen.

Leipzig. Die Leipziger Stadtverordneten bewilligen in ihrer gestrigen Sitzung 1 250 000 M zur Fortsetzung der Arbeiten für die Hochwasserregulierung im Westen der Stadt.

Kirchennachrichten — Jubiläe.

Feier des Wormser Lutherfestes. Kollekte zur Milderung der Notlage der Theologie-Studierenden an der Landesuniversität.

Wilsdruff. Vorm. 8 Uhr Beichte und hl. Abendmahl. — Vorm. 8.30 Uhr Festgottesdienst. Kirchenmusik: Vor der Predigt: „Wort Gottes nicht uns diese Zeit“, ein Lutherisch Truglied für gemischten Chor, Text von Luther, Tonlag von Joh. Walther 1551. Nach der Predigt: „Herr Gott, dich loben wir“, Lutherhymne für gemischten Chor und Orgel von Georg Winter. Gesang: Kirchenchor. Orgel: Herr Lehrer Hillig. — Nachm. 1 Uhr Kindergottesdienst. — Nachm. 2 Uhr Taufgottesdienst. — Abends 7.30 Uhr Jungmännerverein (Lutherfeier). — Abends 7.30 Uhr Jungfrauenverein (Pfarrhaus).

Grumbach. Vorm. 8.30 Uhr Predigtgottesdienst. — Nachm. 1 Uhr Kindergottesdienst.

Reßfeld. Vorm. 8 Uhr Beichte (Pf. Heber). — Vorm. 8.30 Uhr Predigt (P. Zacharias). — Vorm. 10 Uhr Unterredung mit den konf. Jünglingen und Jungfrauen (P. Zacharias). — Nachm. 2 Uhr Taufen.

Limbach. Vorm. 8.30 Uhr 100jährige Gedächtnisfeier des Wormser Reichstags und Eröffnungsfeier des Konfirmandenunterrichts. Die Eltern der Konfirmanden werden gebeten, ihre Kinder nach dem Gottesdienst selbst anzumelden.

Sora. Vorm. 8 Uhr Festgottesdienst. — 9.30 Uhr Kindergottesdienst. Kl. 1. — Nachm. 1.30 Uhr Christenlehre mit Jünglingen und Jungfrauen.

Blankenstein. Vorm. 8 Uhr Beichte und hl. Abendmahl. — Vorm. 8.30 Uhr Predigtgottesdienst. — Vorm. 10 Uhr Kindergottesdienst.

5. Klasse 178. Säch. Landes-Lotterie.

Die Nummern, hinter welchen kein Gewinn steht, sind mit 450 Mark gezogen worden. (Oben befindet sich die Reihenfolge. — Nachdruck verboten.)

7. Ziehungstag vom 12. April 1921.

Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts (e.g., 200000, 100000, 50000) and corresponding numbers. Includes a section for 'Gewinnlose' (losers) at the bottom.

8. Ziehungstag vom 14. April.

Table with lottery numbers and prizes for the 8th drawing day.

